

GRö 18.12.2014

Antrag der AGL - TTIP

Resolution des Eberbacher Gemeinderates zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP):

Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP), das derzeit zwischen der Europäischen Union und den USA verhandelt wird, betrifft direkt oder indirekt fast alle Lebensbereiche. Dieses Freihandelsabkommen wird derzeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit zwischen der Europäischen Kommission und den USA ausgehandelt. Der Inhalt des paraphierten Freihandelsabkommens mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA), das als Vorlage zu TTIP gilt, liegt inzwischen vor.

Es besteht die große Gefahr, dass durch diese Freihandelsabkommen europäische Standards im Arbeits- und Sozialrecht, im Umwelt- und Verbraucherschutz, beim Daten- oder Verbraucherschutz in Frage gestellt werden, und dass Investoren vor internationalen Schiedsstellen deutsches und europäisches Recht und demokratische Entscheidungen von Bund, Land und Kommunen aushebeln können.

Die Verträge umfassen zahlreiche Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, etwa das öffentliche Auftragswesen, die Energiepolitik, den Umweltschutz und die Trinkwasserversorgung, aber auch kulturelle und soziale Einrichtungen.

Aus diesem Grund bezieht die Stadt Eberbach zu diesen Abkommen Stellung und der Gemeinderat beschließt:

1. Der Gemeinderat der Stadt Eberbach hält die Intransparenz der Verhandlungen zu TTIP für inakzeptabel. Er fordert die Bundesregierung, die Europäische Kommission und den Europäischen Rat auf, sich dafür einzusetzen, dass die grundlegenden Verhandlungsdokumente des TTIP veröffentlicht, die Parlamente und die Öffentlichkeit über den Verlauf der Verhandlungen im Detail informiert werden. Vor einer Ratifizierung im Bundestag und im europäischen Parlament werden die Verträge den kommunalen Spitzenverbänden zur Prüfung vorgelegt. Die Verbände erhalten die Möglichkeit zur Stellungnahme.

2. Der Gemeinderat der Stadt Eberbach fordert die Bundesregierung, den Bundestag und das Europäische Parlament auf, die Verträge abzulehnen, wenn dadurch

- der universelle Zugang zu Diensten der öffentlichen Daseinsvorsorge in Gefahr gerät,
- Investitionsschutzklauseln enthalten, die es internationalen Firmen ermöglichen, Bund, Land und Kommunen wegen entgangener Gewinne zu verklagen, wenn diese neue Standards in ökologischen oder sozialen Bereichen beschließen,
- außergerichtliche Schiedsstellen eingerichtet werden, die für solche Verfahren zuständig sind und das Verfahren unter Ausschluss der ordentlichen Gerichtsbarkeit durchführen sollen,

- ein hohes Niveau im Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in Europa nicht mehr gewährleistet ist oder ein Vormarsch der grünen Gentechnik zu befürchten ist,
- die fortschrittliche europäische Gesetzgebung zum Schutz der Umwelt und des Klimas infrage gestellt wird,
- die aktuell geltenden Standards im Bildungsbereich , im Arbeitsrecht oder in der Sozialgesetzgebung gefährdet sind,
- die europäische Vielfalt im Kulturbereich in Gefahr gerät,
- der bestehende Datenschutz ausgehebelt wird,
- künftigen Generationen Handlungsspielräume bei der Gestaltung eines sozial gerechten und nachhaltigen Europas genommen werden.

3. Der Gemeinderat der Stadt Eberbach begrüßt ausdrücklich das gemeinsame Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), veröffentlicht in einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 1. Oktober 2014 u.a. in Die Gemeinde, Organ des Gemeindetags Baden-Württemberg (BWGZ 2014 S. 1138 f.).

K. Thomson

P. Stumpf

C. Kaiser

L. Jost